

SP-Graz geht in der Verkehrsfrage jetzt in die Offensive

Ehmann fordert „sachlich-fachlichen“ Diskurs: „Verkehr ist das drängendste Problem in Graz!“

Die SPÖ werde sich an einem „ergebnisoffenen, sachlich-fachlichen Diskurs“ über die künftigen Verkehrssysteme in Graz selbstverständlich beteiligen, ein eigenes umfassendes Konzept präsentieren und auch einen Top-Experten stellen, kündigte SP-Klubvorsitzender Michael Ehmann heute im Gemeinderat an. Erfreulich: Der SP-Dringliche, den Quasi-Rechtsanspruch auf Ausnutzung der höchstmöglichen Bebauungsdichte zu kippen, erhielt die Mehrheit; leider aber nicht so ein weiterer SP-Dringlicher, der auf die Flächenvorsorge für „Leistbares Wohnen“ abzielte: Der FPÖVP-Block stimmte dagegen.

Die kürzlich präsentierten U-Bahnpläne von VP und FP beschäftigten heute auch den Gemeinderat. Besser gesagt: Es entwickelte sich eine intensive Diskussion, welche Verkehrssysteme in Zukunft in Graz den mehr als drohenden Verkehrskollaps abwenden sollen. Denn dass ein Blick auf die Straßen zeige, dass es längst bestenfalls noch 2 vor 12 ist, bis den GrazerInnen die tägliche Verkehrslawine endgültig die Luft zum Atmen nimmt, darüber waren sich fast alle Fraktionen einig. Und dass dies nur über einen massiven Ausbau des ÖV erreicht werden könne, scheint auch für die meisten klar zu sein. Nur das „wie“ ist umstritten – die Entscheidung über das ideale Modell für Graz sollen jetzt in den nächsten Monaten Politik, Fachabteilungen und externe ExpertInnen gemeinsam klären.

„Keine Frage: Eine U-Bahn – das ist ein reizvoller Gedanke. Aber ich fürchte, wir haben keine zwei, drei weitere Jahrzehnte Zeit – bis dahin sind die GrazerInnen endgültig unter einer Verkehrslawine begraben. Doch mit einer solchen Bauzeit muss man rechnen“, warnt SP-Klubvorsitzender Michael Ehmann, der auch die – von der Holding ohnehin schon mit 3,3 Milliarden nicht gerade gering bezifferten – Kosten anzweifelt. Im innerstädtischen Bereich in Wien – und die Streckenführung ist zu einem Gutteil mit Graz vergleichbar – beläuft sich ein U-Bahn-Kilometer nicht, wie von der Holding angegeben, auf rund 132 Millionen, sondern auf 310 Millionen. Was bei den 25 Kilometern in Graz in Summe 7,75 Milliarden Euro ausmachen würde. Und das Wichtigste: „Dieser U-Bahn-Plan löst die EinpendlerInnenproblematik überhaupt nicht!“

SP wird Experten-Konzept vorlegen

Es brauche stattdessen ein sehr komplexes Modell, das alle Verkehrsträger – S-Bahn, Tram, Bus – umfasst und eine leistungsstarke Verzahnung zwischen dem städtischen Binnenverkehr und dem PendlerInnenverkehr schafft, unter Nutzung bereits stillgelegter Schleppbahnstränge, Linienverlängerungen, das auch Park & Ride-Lösungen und den Radfahrverkehr etc. mitberücksichtigt. Ehmann: „Ein solches Konzept entsteht natürlich nicht von heute auf morgen, wir haben es im Vorjahr in Auftrag gegeben und werden es in den nächsten Tagen vorlegen – und wir werden in die heute vereinbarte Arbeitsgruppe auch einen Top-Verkehrsexperten entsenden“, betont Ehmann.

Viele offene Fragen zur U-Bahn

Dass in dieser Arbeitsgruppe selbstverständlich auch der U-Bahn auf den Zahn gefühlt werden wird, verdeutlicht die Fülle an Anfragen der SP, die heute zu diesem Thema bereits eingebracht wurden:

- **Michael Ehmann** möchte wissen, inwieweit die Stadt- und Verkehrsplanung in die U-Bahn-Pläne eingebunden war und ob die PendlerInnenströme berücksichtigt werden; weiters urgiert er die Freigabe der detaillierten Kostenberechnungen, nachdem sich die Zweifel an den Holding-Angaben mehren;
- die Frage der möglichen Kostenbeteiligung des Bundes – aufgrund der ersten Reaktionen aus dem Infrastrukturministerium eher unwahrscheinlich – möchte **Gerald Haßler** beantwortet haben;

- Die Kosten der U-Bahn-Studie selbst sowie die Ausgaben für das begleitende pr-Firewerk möchte **Ewald Muhr** offengelegt haben. Nur zur Erinnerung: Die von ÖVP und FPÖ mit viel Pomp, Trara und Aufwand angekündigte und später still und leise zu Grabe getragene Plabutschgondel verschlang rund 1,5 Millionen Euro, die olympischen Träume kosteten die Stadt geschätzte 700.000 Euro.

Bebauungsdichten im Blickpunkt

Erfolg für die SPÖ auch auf anderer Ebene: Der ex lege aber de facto Rechtsanspruch für Bauträger auf Ausschöpfen der im Fläwi höchstmöglich ausgewiesenen Bebauungsdichte soll fallen – diesem Appell an den Landesgesetzgeber, in einem Dringlichkeitsantrag ausgearbeitet von SP-Planungssprecher **Ewald Muhr**, folgte heute der Grazer Gemeinderat einstimmig. Hintergrund: Der Ist-Zustand ist nicht zuletzt aufgrund des durch Immobilien- und Pensionsfonds ausgelösten Baubooms besorgniserregend. Zum Teil wird bis auf das Äußerste verdichtet, so viel und so groß wie nur möglich gebaut, ohne Umfeld oder Ortsbild zu berücksichtigen. Muhr: „Ich bin überzeugt, dass Städten und Gemeinden über Bebauungspläne aber sehr wohl mehr an gestalterischem Spielraum eingeräumt werden sollte, dass dieses ‚maximal‘ nicht gleichsam als ‚ein Ist ohne viel wenn und aber‘, sondern als ‚kann, wenn passend‘ gesehen werden sollte. Darauf zielt unsere Initiative ab!“

Mehr Platz für Leistbares Wohnen? Für ÖVP & FPÖ nicht dringlich...

Das Bauen – im weitesten Sinn – hatte auch der Dringlichkeitsantrag von **Susanne Bauer** zum Thema. Konkret führte Bauer aus, dass zurzeit gemeinnützige Bauträger für „Leistbares Wohnen“ viel zu wenig Baugründe vorfinden. Was in letzter Konsequenz das Wohnen in Graz enorm verteuert, obwohl – oder gerade weil – an allen Ecken und Enden diverse private Bauträger, oft im Auftrag von Immobilien- oder Pensionsfonds, Wohnbauten errichten. Als einen ersten Schritt für eine neue Wohnbauoffensive für Leistbares Wohnen forderte Bauer daher eine Analyse ein, welche Raumordnungsinstrumentarien aktuell zur Verfügung stehen, um den Flächenfraß zu stoppen und mehr Bauland für Leistbares Wohnen zu erschließen und wie diese genutzt werden bzw. in welchen Bereichen über den Gesetzgeber Evaluierungen erfolgen müssten. Dem Antrag wurde von ÖVP und FPÖ die Dringlichkeit abgesprochen.

SP brachte heute 25 Initiativen ein

Einige weitere der insgesamt 25 Initiativen, die heute von der SP im Gemeinderat eingebracht wurden:

- In Sachen geplante Ansiedlung eines Amazon-Logistikzentrums in Liebenau fordert **Michael Ehmman** seitens der Stadt, über Vorgaben und Auflagen die Belastungen für die AnrainerInnen so weit wie nur möglich zu minimieren; des Weiteren setzte er sich für eine möglichst rasche Öffnung der Gastronomie unter Einhaltung klarer Sicherheitskonzepte sowie ein Aussetzen der Nutzungsgebühren für Gastgärten bis Jahresende ein; aufgehoben wissen will Ehmman den Selbstbehalt für Antigen-Schnelltests bei der Schnupfenbox für Testwillige ohne Symptome.
- Einmal mehr mit dem leidigen Thema der nicht ausreichenden WC-Anlagen im Augarten beschäftigte sich **Gerald Haßler**, der u.a. auch die zum Teil sehr schlechten Internet-Zugänge für die Schulen ansprach und hier eine neue Digitalisierungsoffensive über die CityCom einforderte. Und auch den höchst umstrittenen Versuch eines Grazer Unternehmers, die Zufahrt auf den Plabutsch einzuschränken, brachte Haßler im Gemeinderat aufs Tapet
- Vielbefasst mit Verkehrs- und Raumordnungsfragen war wie immer auch **Ewald Muhr** – die Bandbreite seiner Initiativen reichte von Vorschlägen für Maßnahmen gegen den eklatanten (Fach)ÄrztInnenmangel in manchen Bezirken, über mehr Sicherheit auf Fußwegen bis hin zur Einrichtung einer Wohnstraße im Bereich Herbersteinstraße-Handelstraße.
- Eindringlich erinnerte **Susanne Bauer** an die notwendige professionelle Vorbereitung der Summer School – damit diese nicht wieder ein mehr oder weniger unattraktiver, ungeliebter Flop werde. Außerdem schlug sie u.a. – nicht zuletzt aufgrund der Verkehrsproblematiken an schönen Tagen rund um den Schöckel – die Einführung eines „Ausflugsbusses“ nach Vorbild der Tälerbusse in Schiregionen vor
- Und **Anna Robosch** nahm sich u.a. eines Themas an, über das nicht gerne geredet wird, aber wohl jeden/jede betrifft: die hohen Begräbniskosten. Ihre Überlegung: Ob nicht gerade jetzt, in der Corona-Krise, die Einführung eines „Trauerfonds“ zur Unterstützung jener, die sich das Begräbnis von ihren nächsten Angehörigen kaum noch leisten können, angebracht wäre...

Ende der Presseinformation

Peter Baumhackl
Tel. 0664 / 60-872-2125
mail to: peter.baumhackl@stadt.graz.at